Sitzungsvorlage

Nr. 5.0-478/2023/2

Gremium	Termin	Behandlung	TOP
Betriebsausschuss des Eigenbetriebes "Immobilien der Stadt Frankenberg/Sa."	09.05.2023	nicht öffentlich	
Stadtrat	24.05.2023	öffentlich	

Betreff: **Beschluss zur Durchführung des Vergabeverfahrens zur Bindung der Planungsbüros und Beauftragung der Entwurfsplanung als Voraussetzung für die Förderung der Errichtung der Gedenkstätte „Konzentrationslager Sachsenburg“**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Durchführung des Vergabeverfahrens zur Bindung der Planungsbüros einschließlich Beauftragung der Entwurfsplanung als Voraussetzung zur Förderung der Investitionsmaßnahme Errichtung der Gedenkstätte „Konzentrationslager Sachsenburg“ im Objekt An der Zschopau 2/2 a in Höhe von 150.000 €. Der Vollzug steht unter dem Vorbehalt, dass der Fördermittelbescheid des Projektförderungsantrages vorliegt.

Sachverhalt:

Der konzeptionelle Zuwendungsantrag wurde in 2021 bei den zuständigen Behörden eingereicht. Nach Prüfung durch die BKM und das SMWK wurde eine 100 %-ige Förderung in Aussicht gestellt. Die Zuwendungsbescheide liegen bis heute nicht vor, da zunächst die baufachliche Prüfung durch das SMF erfolgen muss!

Grundlage dieser Prüfung sind umfangreiche Antragsunterlagen. Ein Teil der Unterlagen liegt dem Eigenbetrieb bereits vor. Für die einzureichende Entwurfsplanung der Lph 3 – HOAI einschl. qualifizierter Kostenschätzung sind zwingend entsprechende Fachplaner zu beauftragen.

Durch die Fachaufsicht Bundesbau wurde im Juli 2022 ausdrücklich klargestellt, dass die Stadt als öffentlicher Auftraggeber bei den anstehenden Vergaben von Planungsleistungen zur Anwendung der VgV (Vergabeverordnung) verpflichtet ist.

Die unzulässige Direktvergabe stellt einen Vergabeverstöß dar und führt zur Sanktionierung (Nichtförderung der Honorarkosten).

Die Beauftragung eines erfahrenen Büros mit der Vorbereitung und Durchführung von Vergabeverfahren nach VgV wurde empfohlen und ist auch grundsätzlich förderfähig. Somit sind im nächsten Schritt die Vergabeverfahren durchzuführen. Die Kosten für die Durchführung des Vergabeverfahrens und die daraus verbindlich zu beauftragenden und zu vergütenden Planungsleistungen betragen ca. 150.000 €, weshalb die Beschlussfassung dem Stadtrat vorbehalten ist.

Zur Finanzierung dieser Kosten (VgV, Planungsleistungen bis Lph 3) wurde ein separater Projektförderungsantrag gestellt, sodass der Stadt bzw. dem Eigenbetrieb keine Kosten entstehen und der Eigenbetrieb diese Ausgaben auch nicht vorfinanzieren muss. Der entsprechende Bescheid wurde angekündigt, liegt aber noch nicht vor, weshalb der Vollzug des Beschlusses unter dem Vorbehalt der Übergabe der Bescheide (100 % Förderung) steht!

An den Verfahren können sich die entsprechend qualifizierten Planungsbüros beteiligen und erst danach kann am Gesamtprojekt weitergearbeitet, d. h. die Entwurfsplanung beauftragt sowie die Kosten konkretisiert werden. Aus dem Vergabeverfahren sind die Planungsleistungen bis zur Lph 3 auch bei einem späteren Abbruch zu vergüten. Der zeitliche Rahmen für den Planungsvorlauf wird ca. 1 Jahr in Anspruch nehmen.

Auf Grund der überregionalen Bedeutung ist auch nicht davon auszugehen, dass die Förderung für das gesamte Projekt versagt wird.

Auf die Regelungen des § 78 zur vorläufigen Haushaltsführung wird explizit hingewiesen. In der haushaltslosen Zeit ist die Gemeinde an strenge Restriktionen gebunden, so dürfen z.B. neue Maßnahmen nicht begonnen werden. Freiwillige Leistungen darf die Gemeinde in der haushaltslosen Zeit grundsätzlich nicht begründen (Kommentar zur Gemeindeordnung, Schmid, Anmerkungen 16-20). Obwohl die Maßnahme grundsätzlich im Wirtschaftsplan des Vorjahres enthalten war, ist diese Maßnahme eine „neue Maßnahme“.

Neue Maßnahmen sind nur dann möglich, wenn diese unaufschiebbar sind.

Laut Kommentar Nr. 20 zum § 78 SächsGemO (Schmid), legt das SMI den Begriff „unaufschiebbar“ praxisfreundlich wie folgt aus. Der Bedarf muss „eilbedürftig sein, sodass mit einer Verschiebung entweder gegen Haushaltsgrundsätze verstoßen oder für die Gemeinde ein materieller Schaden entstehen würde“. Danach darf die Gemeinde z.B. Geräte, Fahrzeuge u. ä. bestellen, wenn dies drastische Preissteigerungen bei späterem Kauf vermeidet.

Aus Verwaltungssicht ist darauf abstellbar, da bei einer Durchführung zu einem späteren Zeitpunkt die Fördermittel (PMO-Mittel) nicht mehr zur Verfügung stehen. Diese sind bis 2025 zu untersetzen.

Der Betriebsausschuss des Eigenbetriebes "Immobilien der Stadt Frankenberg/Sa." hat in seiner Sitzung am 09.05.2023 beraten und empfiehlt dem Stadtrat einstimmig die Beschlussfassung.

Finanzielle Auswirkungen

Ergebnisplan	☐	
Finanzplan	☒	
Bezeichnung:	Investitionsmaßnahme Gedenkstätte Sachsenburg, Wirtschaftsplan EBI 2023 (Entwurf) Investition lfd. Nr. 12	
Planansatz EBI 2023:	13.600,00 EUR	
Planansatz EBI 2024:	100.000,00 EUR	
Planansatz EBI 2025:	5.775.000,00 EUR	
	5.888.600,00 EUR	
Mittel stehen insgesamt zur Verfügung: abzgl. Ausgaben in den Vorjahren 2016-2022: verfügbare Mittel vorbehaltlich der FM-Bereitstellung:	5.983.600,00 EUR <u>- 95.000,00 EUR</u> 5.888.600,00 EUR	
Kosten zur Beauftragung:	ca. 150.000,00 EUR	
Deckungsvorschlag:		
	☐ Apl./üpl. ☐ Budget	
Betrag		
Bezeichnung:		
Budget/Produkt/Maßnahme:		
Kostenart:		
Finanzielle Auswirkungen:		
a) einmalige Kosten:		
Gesamtkosten der Maßnahme:	5.983.600,00 EUR	
./. Einnahmen (Fördermittel):	5.968,600,00 EUR	
./. Eigenanteil (Zuschuss Stadt):	15.000,00 EUR	
b) jährliche Folgekosten	Die Übernahme erfolgt z. Teil durch die Stiftung <i>Sächsische Gedenkstätten</i>	
Laufende Aufwendungen aus Betrieb und Unterhaltung		
Abschreibungen		
./. erwartete Erträge (z. B. aus Miete, Gebühren)		
./. Erträgen aus Auflösung von Sonderposten		
Jährliche Belastung:		

Bürgermeister